Bürger*innenbrief

18. Dezember 2025 | Nr. 221

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Die Linke

Trauer um Rolf Becker +++ Neuer Mietenspiegel, kein Ende der Abzocke +++ Unterschriftensammlung für NOlympia +++ Klima-Bürger*innenrat nicht vorgesehen +++ CCS als Gral des Klimaengineerings +++ Tierschutzgesetz anpassen+++ Zwei Reden, in denen Flagge gezeigt wird +++ Holstenareal +++ Kulturtipp: »Gereiztheiten«

Jugend aktiv, hier beim Schulstreik gegen Wehrpflicht am 5. Dezember bzw. bei der Kundgebung auf der Kirchenallee (Foto Archiv Kollektiv)

Liebe Leserinnen und Leser,

was wäre unser angemessenes Schlusswort zu dem nun fast verflossenen Jahr? Welche Bilanz können wir ziehen? Eine erneute Auflistung all der mehr oder weniger höchst problematischen Entwicklungen in 2025, global, in Europa und Deutschland und eben auch in Hamburg? Eigentlich machen wir das ja das ganze Jahr über, auch was die Vorworte unserer nunmehr zehn in diesem Jahr erschienenen *Bürger*innenbriefe* anbelangt. Also haben wir uns gedacht, machen wir es mal anders und lassen das Jahr mit einem positiven Rückblick auslaufen, mit einigen beispielhaften Hinweisen auf Erfolge, Fortschritte und Entwicklungen, über die wir uns gefreut haben und die vielleicht auch anderen Mut machen, allemal in einer zunehmend finsteren Zeit. Alles andere verbannen wir dieses Mal auf die hinteren Seiten ... Aaaalso, was hätten wir denn da im Angebot?

Zunächst einmal – mensch möge es uns nachsehen, diesen Punkt gleich zuerst zu nennen – sind wir immer noch total begeistert davon, dass DIE LINKE eine Kehrtwende hingelegt und aus dem Tal der Tränen herausgefunden hat. Die Verdopplung der Mitgliederzahl innerhalb eines Jahres auf nunmehr ca. 120.000, die Zuwächse Anfang des Jahres bei der Bundestagswahl am 23. Februar auf 8,8 % (20201: 4,9 %) sowie bei der Bürgerschaftswahl am 2. März auf stolze 11,2 % (2020: 9,1 %) wecken Hoffnung.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Den Wahlen vorausgegangen war eine Großdemonstration am 1. Februar, bei der in der Innenstadt bis zu 80.000 Menschen gegen die rechtsextremistische AfD und eine Infragestellung der Brandmauer durch Merz und seine CDU/CSU-Adlaten zusammenkamen. Ein wunderbarer Jahresauftakt, der zeigte, dass die Zivilgesellschaft die Zeichen der Zeit richtig zu deuten weiß und verstärkt gegen Rechts mobilisieren muss, wenn die Demokratie überleben will. In diesem Zusammenhang erfreuten wir uns der Nachricht, die »Omas gegen Rechts« seien die bedeutendste zivilgesellschaftliche Gruppierung, die in jüngster Zeit aktiv geworden ist.

Zugegeben, angesichts des breiten politisch-medialen Gegenwinds ein wenig überrascht, aber umso zufriedener sind wir über das Ergebnis des Zukunftsentscheids am 12. Oktober. Eine klare Mehrheit von 53,2 % (= 304.063 Bürger*innen) unserer Stadt haben sich in diesem Volksentscheid dafür ausgesprochen, die für 2045 anvisierten Klimaziele fünf Jahre früher zu realisieren. Für uns ist das ein Sieg der Vernunft und eine der entscheidenden Voraussetzungen, die sich längst abzeichnende Klimakatastrophe wenigstens noch zu begrenzen. Ein kleines Sahnehäubchen ist dabei, dass der Antrag der CDU, das Ergebnis des Zukunftsentscheids mal eben zu kippen, auf der letzten Bürgerschaftssitzung am 10. Dezember gescheitert ist. Auch wenn wir das dem Senat durchaus anrechnen, das auch seinerseits ungeliebte Ergebnis zu akzeptieren, steht die Aufgabe an, endlich – schnellstmöglich – geeignete Schritte anzugehen, um tatsächlich bis 2040 klimaneutral zu werden.

Und nicht zuletzt haben wir dem Innensenator Andy Grote und insbesondere dem Leiter des Hamburger Landesamts für Verfassungsschutz, Torsten Voß, die Niederlage gegönnt, die sich die beiden dabei eingehandelt haben, unseren Abgeordneten Deniz Celik wegen unliebsamer Äußerungen zur Rolle des Verfassungsschutzes strafrechtlich zu belangen. Das Landgericht Hamburg hat klargestellt, dass solcherart kritische Aussagen durch die Meinungsfreiheit abgedeckt sind. Ganz abgesehen davon, dass der renommierte Extremismus-Forscher Prof. Hajo Funke die Kritikpunkte am Verfassungsschutz für wissenschaftlich fundiert und politisch berechtigt hält.

Alles in allem, gar nicht so schlecht, was hier und da so läuft. In diesem Sinne wünschen wir all unseren Leserinnen und Lesern ein paar entspannte Feiertage und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Den nächsten »Bürger*innenbrief« gibt es dann im Februar 2026.

Heike Sudmann und Stephan Jersch
Janine Burkhardt, Jens Schultz und Michael Joho

So lasst uns wohldurchdacht ins neue Jahr gehen ... (Foto: M. Joho)

P. S.: Ach ja, den Silvesterabend verbringen wir jedenfalls nicht auf der ZDF-Party, die sich der Senat erstmals nach Hamburg, genauer: in die HafenCity eingeladen hat, für eine halbe Million öffentlicher Gelder, ohne erkennbaren Nutzen, unter Missachtung der Beteiligung des Bezirks Hamburg Mitte und sowieso der HafenCity-Bewohner*innen. Ganz schlechter Start für ein besseres Jahr!

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Rolf rezitiert aus dem Canto General, St. Georg 2018 (Foto: Liane Lieske)

Hamburgs Stimme für eine bessere Welt: DIE LINKE trauert um Rolf Becker

Presseerklärung der Hamburger LINKEN vom 12. Dezember

Im Alter von 90 Jahren ist der Schauspieler, Gewerkschafter und Antifaschist Rolf Becker (31.3.1935 in Leipzig bis 12.12.2025 in Hamburg) gestorben.

Dazu **Marie Kleinert,** kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft: »Rolf Becker mischte sich ein in eine Gesellschaft, die ihm zu eng und zu kalt war – er gab Widerworte gegen den Zeitgeist, er hat nie seinen Frieden gemacht mit der deutschen Wirklichkeit, all diesem In-die-Tasche-Lügen. Rolf Becker hat auf der Bühne vom Widerstand gesprochen und gesungen, er stand auf der Straße an der Seite von Gewerkschaften, Friedensaktivist*innen und all denjenigen, die von Sparpolitik, Privatisierungen und Verarmung getroffen sind – ob in Griechenland oder direkt vor seiner Haustür in St. Georg. Mit Rolf Becker verliert Hamburg nicht nur einen großartigen Schauspieler, sondern auch eine unverzichtbare Stimme gegen Spekulantengier oder in den Kämpfen um ein solidarisches Quartier.«

Dazu **Thomas Iwan,** Co-Landessprecher der Hamburger LINKEN: »Rolf Becker hat gezeigt, was es heißt, Antifaschismus, Internationalismus und Stadtteilarbeit zusammenzudenken – vom Einsatz für politische Verfolgte bis zu Protesten gegen die Umwandlung von Wohnraum in renditegetriebene Anlageobjekte. Wir trauern um einen wunderbaren Menschen und einen mit all seinem Optimismus ansteckenden Aktivisten. Wir sind tief traurig und in Gedanken bei seiner Familie.«

Gedenken an Rolf Becker in der St. Georger Dreieinigkeitskirche, dessen ehemaliger Pastor Gunter Marwege ihn auf der Feier zum 80. Geburtstag einst seinen Lieblingsatheisten nannte (Fotos: M. Joho)

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Der neue Mietenspiegel 2025 ist da

Am 9. Dezember hat der Senat den Hamburger Mietenspiegel 2025 vorgelegt. Danach ist der Nettokalt-Mittelwert von 9,83 Euro/qm (2023) auf 9,94/qm angewachsen, ein Zuwachs von lediglich 1,12 Prozent. Kaum glaublich nach den Mietpreissprüngen in den vorausgegangenen Mietenspiegeln und angesichts der Lage auf dem Wohnungsmarkt. Der »Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen« (VNW) nutzt den neuen Mietenspiegel, um über ihren Direktor Andreas Breitner keck zu behaupten, »Untergangsszenarien (...) sind fehl am Platze. In Hamburg ist das Wohnen weiterhin bezahlbar« (). Es ist für diesen »Bürger*innenbrief« nicht genügend Zeit für eine umfassende Analyse. Skeptisch macht u.a. der Umstand, dass eine große Anzahl von Änderungen in der Wohnlageneinstufung vorgenommen wurde, dokumentiert auf sage und schreibe 72 Seiten. Das will noch umfassend ausgewertet werden.

Vorerst bringen wir hier die Pressemitteilung der Linksfraktion vom 9. Dezember.

Verschnaufpause für Hamburger*innen, aber nicht das Ende der Mietabzocker*innen

Der Senat hat heute den Hamburger Mietenspiegel 2025 vorgestellt, der erstmalig auf einer anderen Berechnungsmethode beruht. Dieser von den Mietervereine lange geforderte Methodenwechsel führt im Vergleich zum letzten Mietenspiegel 2023 zu einer nur geringen Erhöhung von 9,83 Euro/qm nettokalt auf 9,94 Euro/qm (1,12 Prozent). Zur Einordnung: Die nach der alten Methodik erhobenen Mietenspiegel 2021 und 2023 brachten jeweils eine Erhöhung von 7,3 Prozent bzw. 5,8 Prozent. Senatorin Pein wies für den aktuellen Mietenspiegel 2025 daraufhin, dass weder eine Vergleichbarkeit mit den Werten aus 2023 gegeben sei, noch eine Marktentwicklung abzuleiten sei, und räumte ein, dass es bisher keinen Weg gebe, rechtswidrige und überhöhte Mieten aus dem Mietenspiegel auszuschließen.

Dazu *Heike Sudmann*, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft: »Den Mieter*innen verschafft die neue Methodik eine Verschnaufpause, denn die Vermieter*innen können unter Berufung auf den Mietenspiegel die Miete nicht so stark erhöhen. Doch unverändert sind die Mieten in Hamburg viel zu hoch. Viele Menschen können sich das kaum noch leisten. Laut heutiger Mitteilung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes liegt Hamburg bundesweit auf dem dritten Platz bei der sogenannten Wohnarmut, bei der die Wohnkosten den großen Teil des Haushaltseinkommens auffressen.

Was braucht es noch, damit der Senat einsieht, dass er eine andere Mietenpolitik fahren muss? Illegale Mieten und die Mietmafia sind kein Naturphänomen, sondern dienen ausschließlich der Profitmaximierung auf dem Rücken der Mieter*innen. Die raffgierigen Wohnungsunternehmen müssen enteignet werden, damit sie die Mieten nicht länger in die Höhe treiben können. Wenn der Senat die Mieter*innen schützen will, muss er handeln: Mietwucher effektiv bekämpfen, Leerstand verhindern, Zweckentfremdung durch Ferienwohnungen stoppen. Allein 1.300 Verdachtsfälle auf Mietwucher sind bis heute nicht erarbeitet worden. Und ›fehlendes Personal‹ ist angesichts der mal eben aus dem Hut gezauberten zwanzig neuen Stellen für die Olympia-Bewerbung nur eine billige Ausrede.«

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Damit es sozial und ökologisch besser wird: NOlympia Hamburg

Unterschriftenaktion braucht eure Unterstützung

Von Dirk Seifert, FAIRspielen.de

Ende Mai 2026 wird es in Hamburg zum zweiten Mal ein vom rot-grünen Senat und der Mehrheits-Bürgerschaft auf den Weg gebrachtes Referendum geben. Nach 2015 sollen nun schon wieder die Hamburger*innen abstimmen, ob eine Bewerbung für Olympische Spiele in den Jahren 2036, 2040 oder 2044 auf den Weg gebracht werden soll.

2015 hatten die Hamburger*innen trotz bzw. gegen eine massive Kampagne mit Medien- und Handelskammer-Unterstützung eine kluge Entscheidung getroffen: Nein, besser keine Olympischen Spiele in Hamburg. Denn die sozialen und ökologischen Kosten für den größten Teil der Menschen in dieser Stadt sind zu hoch. Doch der Senat gibt keine Ruhe und will es nun mit der Brechstange noch mal versuchen. Angeblich sei ja inzwischen alles anders und alles noch viel besser. Dabei erinnert viel von den Image- und Werbebotschaften an das letzte Mal: Die kurzen Wege (ohne Fluganreisen), die Stadien, die entweder sowieso gebraucht werden oder aber nur Einwegware hingestellt werden sollen.

Effekte für die Wirtschaft »oft überschätzt«

So berichtet der »Tagesspiegel« am 10. Oktober über die Auswirkungen Olympischer Spiele unter Verweis auf zahlreiche »prominente« Wirtschaftsinstitute. Und auch die »Süddeutsche Zeitung« warnt deutlich: »Wenn das Argument für Olympia wirtschaftlich ist, muss man sagen: Bitte nicht!«.

Sozial-Ökologische Risiken sind hoch und teuer

Linksfraktion, BUND und auch Mieter*innen-Verbände haben sich bereits kritisch oder ablehnend zum Projekt Olympia geäußert. Auch in Umfragen kommt eine Bewerbung von Hamburg weder beim NDR noch bundesweit in der Bevölkerung gut weg. Kein Wunder also, wenn Senat und Bürgerschaft mit rund 17 Millionen Euro Steuergeldern eine Pro-Olympia-Kampagne finanzieren – und die Wirtschaft zahlt keinen Cent dazu.

Paris 2024 kostete die Steuerzahler*innen – also den öffentlichen Kassen - rund 6.3 Milliarden Euro. Gewinne wurden privatisiert. So gingen rund 1,1 Mrd. Euro an den als Internationales Olympisches Comittee (IOC) bekannten Schweizer Privatverein. In den Kosten waren allein rund 1,4 Milliarden Euro – so die offizielle Darstellung – für die Sicherung der Spiele eingesetzt.

»Dafür sein ist alles« oder doch besser Argumente?

Während die Linksfraktion in der Bürgerschaft und in betroffenen Bezirken wie Altona viele kritische Fragen aufwerfen, um Informationen und Hintergründe zu den Senatsplanungen öffentlich zu machen, formiert sich auch ein Kreis von Aktiven unter dem alten neuen Label »NOlympia Hamburg« und plant den Widerspruch. Statt »Dafür sein ist alles«, wie es der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und auch der Senat mit seinen beauftragten Top-Down-Bürgerberieselungen im November in den Bezirken inszenierte, wollen die Kritiker*innen und Gegner*innen über die Risiken und Nebenwirkungen Olympischer Spiele für Mieter*innen, Breitensport, Umwelt, Verkehr und Klima aufklären.

Nach dem erfolgreichen Zukunftsentscheid, der Hamburg verpflichtet, mehr und schneller etwas gegen die Klimakrise an den Start zu bringen, dürften die Argumente gegen Olympische Spiele deutlich größere Bedeutung bekommen.

Auf https://www.nolympia-hamburg.de und https://fairspielen.de findet Ihr aktuelle und weitere Hintergrundinformationen *(siehe dazu auch die beiden QR-Codes)*.

Empfehlenswert sind auch Heike Sudmanns formulierte Antworten auf »10 Thesen zu Olympia«, nachzulesen im letzten »Bürger*innenbrief« und auf der Homepage der Bürgerschaftsfraktion.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

NOlympia-Aktion des BUND auf dem Jungfernstieg (Foto: BUND)

Aktiv werden, damit wir eine Stimme im Infoheft bekommen

Bereits im Januar 2026 werden die Weichen für das geplante Referendum gestellt. Zu den Wahlunterlagen, die dann für den Wahltermin 31. Mai (und bereits vorher mit den Unterlagen für die Briefwahl) auf den Weg gebracht werden, gehört auch das sogenannte »Infoheft«. Darin dürfen jedoch nur Senat und Bürgerschaft bzw. die dort vertretenen Fraktionen ihre Sicht der Dinge darstellen. Damit neben der Linksfraktion auch NOlympia eine Stimme bekommt, müssen die Aktivist*innen mindestens 10.000 gültige Stimmen von Hamburger*innen einsammeln, damit auch sie ein Statement im Infoheft beisteuern können.

NOlympia-Hamburg hat drei Bitten formuliert:

1. Leitet die Informationen im Freundeskreis weiter mit der Bitte um weitere Verbreiterung und werbt für und sprecht über NOlympia.

2. Unterstützt die kleine NOlympiagruppe durch eine Spende auf das Konto:
   IBAN DE72 4306 0967 1162 4935 00
   BIC GENO DE M1 – GLS – Kontoinhaber: Multitude e. V.
   Verwendungszweck: NOlympia

3. Wenn ihr uns bei der Unterschriftensammlung Ende Januar/Anfang Februar möglicherweise unterstützen wollt, dann schickt bitte eine Mail mit Kontaktdaten an: info@nolympia-hamburg.de.

Mitmachen – Termine!

Termine, Infos etc. gibt es über die genannten Homepages. Das nächste offene Treffen findet statt am: Donnerstag, 18. Dezember, ab 18.30 Uhr Onboarding, 19 Uhr gehts los im Gemeinschaftsraum der Unzerstraße 18 (Stadtschloss, in Altona, Nähe Gählerpark). Ein weiteres Treffen am selben Ort ist für Donnerstag, den 8. Januar 2026, um 19.00 Uhr geplant, Onboarding ab 18.30 Uhr.

Olympische Ringe über Hamburg? (Foto: D. Seifert)

- Das komplette Infoheft zum Referendum 2015 ist hier online zu lesen.
- Zu den rechtlichen Grundlagen siehe § 25k VAbstG – Abstimmungsbenachrichtigung, Satz 3 »Eine weitere Stellungnahme ist aufzunehmen, wenn sie innerhalb der Frist nach § 25j Absatz 3 von mindestens 10.000 zur Bürgerschaft Wahlberechtigten unterstützt wird; § 3 Absätze 1 und 2 sowie § 4 und § 5 Absätze 1 bis 3 sind entsprechend anzuwenden«

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

STOP Olympia

KATRIN UND KALLE KÖRNER SAGEN JA ZUM NEIN!

Katrin und Kalle leben in Hamburg. Sie haben zwei Kinder: Tim und Tonia. Der Alltag ist ganz schön wuselig. Beide im Job – Hamburg ist teuer. Schule, Elternrat, ein bisschen Sport in der Freizeit. Wenig Zeit zum Luftholen. Olympische Spiele in Hamburg? Warum eigentlich nicht?

Da trifft Kalle Michael Rothschuh auf dem Stübenplatz. Der ist Professor und lebt in Wilhelmsburg, genau wie Kalle und Katrin.

Dann springt vielleicht durch Olympia ein Sportplatz für Tim und Tonia dabei heraus?

Olympische Spiele, soll gut fürs Image von Hamburg sein. Unsere Stadt wird weltberühmt, habe ich gehört.

„Ich bin überzeugt, dass aus dem jetzigen Hafen des Kleinen Grasbrooks von der Vergabe der Spiel 2017 an in knapp sieben Jahren bis 2024 kein Olympiagelände mit Stadion und Olympiadorf entstehen kann. Deshalb schützt nur ein NEIN Hamburg davor, sich vor der Weltöffentlichkeit zu blamieren."

Aber auch bei den Sportstätten gibt es einen Dämpfer. Sie finden im Internet den Beschluss der Marathonabteilung des FC St. Pauli:

„Schulkinder brauchen keine Olympiaschwimmhalle auf dem Kleinen Grasbrook, sondern benötigen dringend funktionierende Sportstätten in ihrem Viertel."

»Als Breitensportlerinnen und Breitensportler lehnen wir die Bewerbung Hamburgs für die Olympischen Spiele 2024 ab und werden dazu aufrufen, beim Referendum zu dieser Frage am 29.11.2015 mit ›Nein‹ zu stimmen.«

Volksinitiative STOP Olympia Hamburg 21

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Überfordert ein Klima-Bürger*innenrat die Teilnehmer*innen?

Von Stephan Jersch und Janine Burkhardt

Direkte Demokratie und mehr Bürger*innenbeteiligung sind Antworten auf eine gesellschaftliche Entwicklung, bei der althergebrachte demokratische Prozesse immer öfter delegitimiert werden. Das Dauerfeuer rechtsextremistischer Politiker*innen auf demokratische Prozesse, aber auch das paternalistische Verständnis von Demokratie in großen Teilen der Parteienlandschaft, lassen das Vertrauen der Menschen darin, dass sie »gehört werden« oder sogar beteiligt werden, nicht wachsen, im Gegenteil.

Weltweit, aber auch in Deutschland, gab es in den letzten Jahren positive Beispiele, Diskussionsprozesse zu gesellschaftlichen Themen in Bürger*innenräten zu debattieren. Mittlerweile haben bundesweit sieben Bürger*innenräte stattgefunden. Die bekanntesten darunter die Bürger*innenräte »Klima« und »Ernährung im Wandel«. Sie haben der Politik Handlungsvorschläge unterbreitet, die auf ein breites Interesse gestoßen sind.

Der Hamburger Senat hat lange Jahre auf die fehlende rechtliche Grundlage in unserer Stadt verwiesen, Bürger*innenräte nach dem Zufallsprinzip auszulosen, um damit einen möglichst repräsentativen Querschnitt der Stadtgesellschaft zusammenzuführen. Diese Gesetzeslücke wurde im Sommer 2024 von der Bürgerschaft mit dem Zufallbeteiligungsgesetz geschlossen – mit allen Stimmen der demokratischen Parteien. Damit wurde die rechtliche Grundlage für Bürger*innenräte auch in Hamburg geschaffen, dem einzigen Bundesland, in dem bis dahin (und auch seitdem) kein einziger Bürger*innenrat berufen bzw. veranstaltet wurde.

Kurz nach dem Zukunftsentscheid äußerte sich der Erste Bürgermeister noch ratlos über mögliche Maßnahmen zur Umsetzung der Klimaneutralität bis 2040 in Hamburg – die Initiator*innen des Volksentscheids hätten ja keine konkreten Maßnahmen vorgeschlagen. Die Linksfraktion hat das zum Anlass genommen, in der Bürgerschaft einen Bürger*innenrat zur Umsetzung des Zukunftsentscheids zu beantragen. Ideen hat unsere Stadtgesellschaft genug. Mehr als 2.500 Vorschläge aus der öffentlichen Beteiligung zur letzten Fortschreibung des Klimaplans zeigen das deutlich.

Nun, der Antrag einen Bürger*innenrat zur Findung von Maßnahmen zur Umsetzung des Zukunftsentscheids zu gründen, wurde mit den Stimmen von Rot-Grün und der CDU abgelehnt. Die Ziele eines solchen Bürgerrats seien nicht definiert, die Menschen hätten kein Fachwissen, es sei nicht definiert, wie mit den Ergebnissen umgegangen wird – kurz: das Thema Klimamaßnahmen sei laut diesen Fraktionen für einen Bürger*innenrat, zumindest in Hamburg, ungeeignet. So muss man dann auch die Tatsache interpretieren, dass Rot-Grün diesmal keinen eigenen Zusatzantrag formuliert hat, um die »Unzulänglichkeiten« unseres Antrags mit den entschiedenen und entschlossenen Prüfaufträgen an den Senat für einen Bürger*innenrat zu ersetzen. Und so bleibt Hamburg weiterhin das einzige Bundesland, in dem noch nie ein solches Gremium getagt hat. Armes Hamburg.

Die Union traut den Bürger*innen offenkundig nur sehr wenig zu – eine Haltung, die wir auch von der Hamburger CDU kennen, die den Volksentscheid zum Klima zurückdrehen möchte. Für uns ist klar: Bürger*innenräte sind sinnvoll und schmälern keineswegs die Bedeutung unserer Parlamente. Insbesondere geloste Formate können die Arbeit des Parlaments voranbringen, indem sie vielfältige Perspektiven aus der Bevölkerung einbeziehen – und eben gerade auch denjenigen Menschen eine Stimme geben, die sonst still bleiben würden.

Pump weg den Scheiß CCS als Gral des Klimaengineerings

Von Janine Burkhardt und Stephan Jersch

Bei aller Freude über den Zukunftsentscheid und dessen schärferen Klimazielen für ein klimaneutrales Hamburg bis 2040 – das Projekt einer klimaneutralen Hansestadt Hamburg ist nicht ganz widerspruchsfrei. Zumindest gibt es noch zu lösende Aufgaben.

Zementproduktion, Luftverkehr und Müllverbrennung sind eine derzeit offene Flanke, für die keine technischen Lösungen oder nur Maßnahmen zur CO_2-Minderung existieren. Die eine Möglichkeit für die Statistik nutzt Hamburg schon heute: der internationale Luftverkehr von und nach Hamburg wird z. B. nur noch nachrichtlich dokumentiert. Die andere Möglichkeit geht ins Geld und ist hoch umstritten: CCS (Carbon Capture and Storage), also das Auffangen von CO_2 und dessen Speicherung. Der Bundestag hat gerade den Weg dafür frei gemacht – gegen die Stimmen der Linksfraktion. Aber auch Hamburg war nicht untätig. Die Stadtreinigung hat 2023 eine Machbarkeitsstudie erstellen lassen. Der Schwerpunkt lag hier auf der Weiterverwendung des eingefangenen CO_2 (CCU – Carbon Capture and Utilization). Ein Großteil der Detailergebnisse will die Stadt allerdings nicht

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

veröffentlichen (Drucksache 22/16424). Das CCU sehr energieintensiv und damit teuer würde, gibt aber auch der Senat zu.

Umweltverbände wie der BUND, Greenpeace und NABU lehnen CCS wegen dessen Risiken ab. So sind neben den ökologischen Eingriffen, die mit einer massiven CCS-Infrastruktur (Pipeline-System und Lager) einhergehen, der hohe Energieaufwand, die hohen Kosten und die ungewisse Langzeitsicherheit im Zusammenhang mit CCS zu nennen. Hinzu kommt, dass CCS (und CCU) allzu leicht vom Ziel der Vermeidung von CO_2-Emissionen ablenken und die Abhängigkeit von fossilen Energien verlängert werden kann. Nicht umsonst ist die Zementindustrie ganz vorne in der CCS-Entwicklung. Diese plädiert sogar dafür CO_2 als handelbaren Rohstoff anzuerkennen.

Praktisch passiert das derzeit bereits an der norwegischen Küste, wo Heidelberg Materials CO_2 aus seinem Werk in Norwegen bis zu 400.000 Tonnen CO_2 in den Nordseegrund verpressen will und damit die Hälfte seiner dortigen CO_2-Emissionen. Zum Vergleich: das Heizkraftwerk Tiefstack emittiert jährlich ca. 1,3 Millionen Tonnen CO_2. Wenn diese Lagerstätte doch leckt und das CO_2 in die Umwelt entweicht, würde es zuerst eine Gefahr für Umwelt, Klima und die Meeresfauna darstellen. Neben einer Vielzahl weiterer Punkte die CCS als »Lösung« absurd erscheinen lassen, machen diese unkalkulierbaren Risiken das ganze CCS-Geschäft zu einem lebensgefährlichen Pokerspiel, mit dem bestehende und klimaschädliche Wertschöpfungsketten künstlich am Leben gehalten werden sollen. Nicht umsonst war CCS lange Zeit in Deutschland nicht möglich. Der BUND nennt es eine »Scheinlösung« und verweist auf die winzigen CO_2-Mengen, die damit ›unter den Meeresteppich‹ gekehrt werden könnten.

Im Spätsommer dieses Jahres hat Umweltsenatorin Fegebank dann ihr Herz für CCS entdeckt – noch vor dem Zukunftsentscheid befand sie CCS zur Erreichung der Klimaziele für notwendig. Und eine Ablehnung zur CO_2-Verpressung an Land war nicht zu vernehmen. Nun will die Regierungskoalition diesen feuchten Traum wahrwerden lassen und beantragt eine umfassende Carbon-Management-Strategie für Hamburg, die CCS und CCU für Industriezweige möglich machen soll. Eine Beschränkung auf unvermeidbare Emissionen sucht man in der Beschlussfassung vergeblich. Eine Havarie eines solchen CO_2-Speichers würde zu unmittelbarer Lebensgefahr im Umkreis der Unfallstelle führen. Ein zentraler Grund, wenn man die immensen Kosten außer Acht lässt, diesen Irrweg abzulehnen.

Der Fokus Hamburgs sollte auf Gesundheitsschutz und Erreichen der Klimaziele ausgerichtet sein – CCS widerspricht dem. Stattdessen hätten wir ein Senatoren-Donnerwetter erwartet, als Airbus ankündigte, seine Pläne für wasserstoffgetriebene Flugzeuge zurückzustellen. Und dann war da noch der Plan e-Kerosin in einer Anlage in Rothenburgsort zu erzeugen: die Planung wurde in aller Stille zu Grabe getragen. Wobei dies tatsächlich eine vermutlich machbare Anwendung für CCU gewesen wäre. Wir plädieren für ein striktes Nein zu CCS. Stattdessen müssen endlich wieder die Suffizienz und das Einsparen von CO_2-Emissionen Leitmotive der Klimapolitik sein und nicht schon jetzt nach Ausweichstrategien und Scheinlösungen gesucht werden. Rot-Grün ist hier auf einen teuren und rückwärtsgewandten Irrweg eingebogen.

Tierschutzgesetz anpassen – aber bitte richtig!

Von Jens Schultz

Im November hat unsere Fraktion einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht (Drs. 23/2034), mit dem wir einen klaren und verbindlichen Fahrplan für den Ausstieg aus Tierversuchen fordern. Gleichzeitig wollen wir, dass endlich präzise festgelegt wird, was im Tierschutzgesetz überhaupt als »vernünftiger Grund« für das Töten von Tieren gelten darf. Damit greifen wir ein zentrales Problem auf, das seit Jahren besteht und reagieren zugleich auf einen Antrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 23/1886), der den Senat auffordert, sich im Bundesrat für eine Novellierung des Tierschutzgesetzes einzusetzen.

So wichtig die Initiative von Rot-Grün ist: Sie bleibt leider hinter dem Notwendigen zurück. SPD und GRÜNE schlagen zwar einige sinnvolle Änderungen vor, vermeiden aber die entscheidenden Fragen. Besonders deutlich zeigt sich das beim Thema Tierversuche – ein Bereich, der im rot-grünen Antrag komplett ausgeklammert wird. Gerade hier braucht es aber eine klare politische Haltung und ein echtes Engagement statt vorsichtiger Halbherzigkeit.

Mahnmal wider die Tierversuche (Foto: J. Schultz)

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Deshalb haben wir einen Ergänzungsantrag eingebracht, der genau diese Lücken schließen soll. Unser Ziel ist klar: Wir wollen einen verbindlichen Prozess zur schrittweisen Beendigung von Tierversuchen auf den Weg bringen. Dazu gehört auch, nicht-heilende, also rein belastende Eingriffe an Versuchstieren konsequent zu verbieten. Tierschutz darf kein politisches Feigenblatt und kein Stückwerk sein, er muss als umfassende gesellschaftliche Aufgabe verstanden und entsprechend ernst genommen werden.

Wie zu erwarten, wurde aufgrund der Mehrheitsverhältnisse der Antrag von SPD und GRÜNEN angenommen. Unser Antrag wurde aber immerhin in den für Tierschutz zuständigen Justizausschuss überwiesen. Für eine Oppositionsinitiative ist das ein wichtiger Zwischenerfolg: Die Debatte ist damit nicht beendet, sondern geht weiter. Wir werden uns dort mit Nachdruck erneut für echte Verbesserungen für Tiere einsetzen – konsequent, beharrlich und mit dem klaren Ziel, den Tierschutz in unserem Land spürbar zu stärken.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Tipps und Termine

Von wegen, Umwelt- und Klimaschutz sei sozusagen ein klassenneutrales Menschheitsthema. Menschheitsthema haut ja hin, aber klassenneutral? OXFAM hat gerade mal wieder nachgerechnet, und dessen Haupterkenntnis lautet: **»Ein Mensch des reichsten 0,1 Prozent verursacht pro Tag mehr CO_2-Emissionen als ein Mensch der ärmsten 50 Prozent in einem Jahr«**. Die dieser Aussage zugrunde liegende Studie »Climate Plunder« hat OXFAM weltweit am 29. Oktober publik gemacht. Belegt wird damit einmal mehr, aber eben noch zugespitzter als in der Vergangenheit, ein **»extremes Ausmaß der Emissionsungleichheit«** im globalen Maßstab. Aber **»auch in Deutschland ist die Kluft enorm:** So verursacht ein Mensch aus dem reichsten 0,1 Prozent mit 307 Tonnen CO_2 jährlich 52-mal mehr Emissionen als ein Mensch aus den ärmsten 50 Prozent in Deutschland. Während die ärmsten 50 Prozent Pro-Kopf Emissionen aufweisen, die mit 5,9 Tonnen CO_2 vergleichsweise nahe an der 1,5 Grad kompatiblen Grenze von 2,1 Tonnen CO_2 pro Kopf und Jahr liegen, steigen die durchschnittlichen Emissionen bei den reichsten Bevölkerungsgruppen überproportional steil an.« Manuel Schmitt, Referent für soziale Ungleichheit bei Oxfam Deutschland, fasst die Ergebnisse zusammen: »Diese Zahlen machen klar: Die Klimakrise ist eine Krise der Ungleichheit. Superreiche setzen unseren Planeten in Brand, während die Ärmsten, die am wenigsten zur Klimakrise beitragen, schon heute massiv von ihren Folgen getroffen werden.«

Wer im Netz nach geeigneten Bildern, Karikaturen, Plakaten oder anderem grafischem Material zum Komplex Rüstung und umzu sucht, wird leicht fündig, vorausgesetzt, mensch gibt die richtigen Stichworte ein oder weiß, wo sich Geeignetes finden lässt. Zum **Thema Krieg und Frieden hat die Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI)** gleich eine ganze Reihe von Zeichnungen usw. freigeschaltet. Auf der betreffenden Website heißt es: »In den letzten Wochen entstanden **eine Reihe Cartoons** rund um die Themen Ukraine-Krieg und Aufrüstung, die wir hiermit (bitte bei Nennung der Quelle Arno Neuber/ IMI) zur freien Verfügung stellen. Auf Wunsch schicken wir auch gerne höher aufgelöste Varianten zu. An dieser Stelle werden in nächster Zeit weitere Cartoons folgen.« Schöne Aussagen, große Versprechen und kostenfreie Nutzungsmöglichkeiten, was könnten wir mehr wollen? Hier eine noch recht frische, recht anschauliche Montage zur finanziellen Basis der von der Bundesregierung propagierten, unsäglichen Kriegstüchtigkeit.

Von der IMI-Homepage

Was hier veranschaulicht wird, ist nichts weniger als **eine Verdreieinhalbfachung der Ausgaben für Rüstung und militärisch relevante Projekte innerhalb von lediglich fünf Jahren:** von 71,5 Milliarde Euro (2024) auf 240 Milliarden (2029). Das wären dann so in etwa die 5 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP), die vom NATO-Gipfel am 25. Juni 2025 als neues Leitziel angegeben wurden. **5 Prozent des BIP, das wären aber etwa 45 Prozent des Bundeshaushalts im Jahre 2024.** Also zukünftig fast jeder zweite Euro für die Rüstung? Wie aberwitzig ist das denn? Wer das kaum glauben kann oder nachrechnen möchte, schaut sich hier am besten noch mal die investigativen Prüferdaten bei Correctiv vom Juni des Jahres an.

Auf der Hamburger Anti-Kriegsdemo am 1.9.2025
(Foto Archiv Kollktiv)

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Hintergrund für diese gigantomanische Militarisierung ist vorrangig natürlich die veränderte Weltlage und die Ankündigung der US-Administration, nicht mehr notwendige Teile der europäischen Verteidigungsbereitschaft zu schultern. Dazu hat US-Präsident Trump am 8. November seine veränderte **»Nationale Sicherheitsstrategie«** vorgelegt, deren drei Seiten zu Europa es durchaus in sich haben. Ob daraus nun gleich die von Boris Pistorius (SPD) ausgegebene Parole **»kriegstüchtig werden«** abzuleiten ist, lässt sich allerdings bestreiten.

Eines der hervorstechenden Merkmale der weiter aufgehenden Arm-Reich-Schere ist die **Verschuldungslage vieler Haushalte**. Mitte November hat der Verband Creditreform seinen diesjährigen Schuldneratlas vorgelegt. Daraus geht hervor, dass die **Zahl der überschuldeten Personen gegenwärtig bei etwa 5,67 Millionen Bürger*innen liegt, 111.000 mehr als im Vorjahr.** Die Überschuldungsquote in Deutschland beträgt 8,16 Prozent, etwas mehr (+ 0,07 Prozentpunkte) als 2024. Damit nimmt die Zahl überschuldeter Verbraucher*innen erstmals seit 2018 wieder merklich zu, so der Verband in seiner zusammenfassenden Betrachtung. In Hamburg beträgt die aktuelle Überschuldungsquote 8,15 Prozent und liegt damit auf Bundesniveau. Das »Neue Deutschland« hat dazu einen informativen Bericht gebracht.

Von der Homepage der Creditrefom

Im Rahmen der **Wohnungslosenberichterstattung** legten schon im Dezember vergangenen Jahres Katharina Brüchmann und Jutta Henke die Ergebnisse einer Studie vor, die sie im Auftrag der Freien und Hansestadt erstellt hatten, bis heute aber im Detail weithin unbekannt geblieben ist. Die von der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V. (GISS) durchgeführte empirische Untersuchung bezieht sich auf Befragungen wohnungsloser Menschen in ganz Deutschland, darunter auch in Hamburg. Herausgefunden werden sollte vor allem der Gesundheitszustand dieser Gruppe. Auf 34 Seiten werden die Ergebnisse des »Hamburger Gesundheitsfragebogens« zusammengefasst. Danach hatten Anfang Februar 2024 in unserer Stadt **rund 38.000 Menschen keine Wohnung. 86 Prozent davon lebten hochgerechnet in einer Unterkunft, 3.787 auf den Straßen Hamburgs, weitere 1.685 nur in einer provisorischen Unterkunft bei Freund*innen oder Angehörigen** (S. 11). »Keine Erkrankung« hatten von den Wohnungslosen ohne Unterkunft lediglich 32,3 Prozent, bei den verdeckt Wohnungslosen waren es immerhin 48,9 Prozent. Wer an den weiteren Erhebungen und Aussagen interessiert ist, findet sie hier.

Dazu passt eine Meldung des Straßenmagazins »Hinz&Kunzt« (H&K) vom 21. November, in dem darauf hingewiesen wurde, dass die beiden großen Notunterkünfte für Obdachlose am 20./21. November »bereits stark ausgelastet (sind), rund 600 bis 700 Plätze waren in der Nacht von Donnerstag auf Freitag belegt.« Das Gros aber, **bis zu 4.000, schliefen trotz kalter Temperaturen auf der Straße**. Die Sozialarbeiter*innen der Wohnungslosenhilfe führen das zurück auf Berichte von Klient*innen, die in den Unterkünften »Mehrbettzimmer aufgrund der Unruhe und wegen ihrer eigenen psychischen Verfassung nicht nutzen können.« H&K bittet alle Bürger*innen in den kommenden Winterwochen genauer hinzuschauen und **im Zweifelsfall einen Rettungswagen** zu rufen.

Nie aus dem Auge verlieren: Im vergangenen Jahr sind in Deutschland **2.770 Menschen im Straßenverkehr gestorben, bei Unfällen hat es rund 365.000 Verletzte** gegeben. Das sind, so das Statistische Bundesamt destatis, durchschnittlich 8 Tote und fast 1.000 Verletzte pro Tag. Als häufigste Ursache tödlicher Verkehrsunfälle wird nicht angepasstes oder überhöhtes Tempo verzeichnet.

Mehr und mehr weiß gestrichene Räder flankieren Hamburgs Straßen, wie hier An der Alster (Foto: M. Joho)

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

1. Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Hamburg 2019 - 2024

Jahr	Straßenverkehrsunfälle					Verunglückte		
	insgesamt	mit Personenschaden	mit Sachschaden			insgesamt	Getötete	Verletzte
			schwerwiegende i.e.S.	sonst. unter dem Einfluss berausch. M.	übrige			
	Innerhalb von Ortschaften							
2019	65 116	7 003	1 812	331	55 970	8 711	26	8 685
2020	55 137	6 351	1 492	281	47 013	7 541	14	7 527
2021	56 373	6 532	1 507	285	48 049	7 808	17	7 791
2022	57 867	7 498	1 526	330	48 513	8 908	19	8 889
2023	60 153	7 460	1 571	327	50 795	8 881	23	8 858
2024	60 605	7 202	1 619	288	51 496	8 577	34	8 543

Ausschnitt aus den »Statistischen Berichten« vom 7. August 2025

Das Statistikamt Nord meldet **für Hamburg im vergangenen Jahr 7.003 Verkehrsunfälle mit Personenschäden, 34 Personen sind dabei verstorben,** so viel wie seit Jahren nicht mehr. (Siehe oben). Besonders auffällig ist auch der Umstand, dass so viele Radfahrer*innen betroffen sind. **Unter den 34 Verkehrstoten in Hamburg 2024 waren allein zehn Radfahrende**, wie das »Hamburger Abendblatt« in einer umfangreichen Analyse der Unfallstatistik feststellte. Irgendwas muss in dieser Stadt schieflaufen, denn a**lleine bis Ende Oktober 2025 gab es laut ADFC bereits 12 getötete Radfahrer*innen** auf Hamburgs Straßen (Quelle HA).

Zu den unverzichtbaren Materialien aller in den Quartieren und auf Bezirksebene engagierten Menschen gehören die alljährlich neu aufgelegten **Hamburger Stadtteil-Profile**, jeweils mit Stand vom Ende des Vorjahres. Ende November hat das Statistikamt Nord nun die **neue Ausgabe 2025 veröffentlicht,** zumeist mit dem Datenstand vom 31. Dezember 2024. Das Besondere dieser Zahlen, Daten, Fakten ist, dass sie zu jedem der 104 Hamburger Stadtteile auf jeweils zwei Seiten präsentiert werden. Wer also schnell mal was zur Bevölkerung, zu den (auslaufenden) Sozialwohnungen, zum Anteil der Alleinerziehenden oder auch zu fast 70 anderen Aspekten erfahren möchte, hier ist mensch richtig. Zwar erscheinen die Stadtteil-Profile seit einigen Jahren nicht mehr in gedruckter Form, aber dafür ist alles wunderbar schnell hier im Netz einzusehen.

Überhaupt, in den vergangenen Monaten hat das Statistikamt Nord gleich mehrfach interessante Daten zur Bevölkerungsentwicklung geliefert. Beispielsweise am 30. Juni, als es mitteilte, dass Hamburg **Ende 2024 »genau« 1.862.565 gemeldete Bürger*innen** hatte. Das sind 10.969 Personen bzw. **0,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor**.

Ausschnitt aus den »Stadtteil-Profilen 2025« zu Rahlstedt

	Stadtteil	Bezirk Wandsbek	Hamburg
Bevölkerung und Haushalte			
Bevölkerung	95 836	456 412	1 973 896
Unter 18-Jährige	17 519	80 757	329 430
in % der Bevölkerung	18,3	17,7	16,7
65-Jährige und Ältere	20 164	96 955	353 327
in % der Bevölkerung	21,0	21,2	17,9
Ausländer:innen	19 143	83 214	416 307
in % der Bevölkerung	20,0	18,2	21,1
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	39 443	176 060	811 252
in % der Bevölkerung	41,1	38,6	41,2
Unter 18-Jährige mit Migrationshintergrund	9 955	44 424	189 583

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Oder auch am 1. Oktober, als in der Ausgabe »Statistik informiert« Nr. 151/2025 zu lesen war, dass **105.500 (= 5,4 %) aller Hamburger*innen in Ostdeutschland geboren** worden sind. Wobei hinzuzufügen ist, dass deutlich weniger als die Hälfte der hiesigen Bevölkerung in Hamburg geboren ist, nämlich nur 812.500 Personen (= 41,3 %). Und der Anteil der gebürtigen Hamburger*innen sinkt, im vergangenen Jahr um 0,2 Prozent.

Und auch das hat das Statistikamt für die Veröffentlichung am 12. November ausgezählt: **Ende 2024 lebten in Hamburg 36.258 Ukrainer*innen**, 2021 – dem Jahr vor dem russischen Angriff – waren es noch 4.238.

Wie angekündigt hat inzwischen die **Aktiko.Werkstatt 2025** stattgefunden. Hinter der Abkürzung verbirgt sich die Durchführung von Aktionskonferenzen zur Transformierung von Hamburg, nach den Maßgaben sozial. ökologisch. gerecht. Rund 90 Teilnehmende diskutierten am 14. November – kurze Zeit nach dem erfolgreichen Zukunftsentscheid – **vernetzt für sozial-gerechten Klimaschutz**. Die interessanten Diskussionsinhalte und Ergebnisse der Tagung – u.a. zu Aspekten der Beteiligung bzw. Bürger*innenräte, einer klimaresilienten Stadt, der sozialen Wärmewende, einer Reichensteuer – hat die Veranstalterin auf ihrer Homepage zusammengestellt.

Plenum der Aktiko-Konferenz (Foto von der Homepage)

Von wegen »bauen, bauen, bauen«, das war und ist die Maxime von Olaf Scholz und seinen Nachfolger*innen auf Hamburger und auf Bundesebene. Nach wir vor völlig überhört bleibt auf diesen Ebenen, dass zwar neue Wohnungen geschaffen werden – was hinsichtlich der Zielzahlen weder in Hamburg und noch weniger im Bund klappt –, aber zu weit mehr als zwei Dritteln teure, für viele unbezahlbare Wohnungen entstehen, sei es im frei finanzierten Bereich oder bei Eigentumswohnungen. Vor diesem Hintergrund ist die Parole zunehmend hinterfragt worden, allen voran von den Architects for Future (A4F). Diese Expert*innen plädieren nicht primär für Neubau auf der freien Fläche, sondern Sanierung und Erweiterung im Bestand. Konsequenterweise setzen sie sich schon seit Längerem für ein Abrissmoratorium ein, engagieren sich also gegen den Abriss günstigen, erhaltenswerten Altbaus. Schließlich stammen etwa

Adresse
An der Lohbek 4, 22529 Hamburg

Baujahr
ca. 50er-Jahre

Nutzung
Wohnen

Name des Gebäudes
Mehrfamilienhäuser An der Lohbek, HH

Status
Bedroht

Abrissjahr
–

Architektur
Gelbgeklinkerte Mehrfamilienhäuser in Zeilenbauweise, zwei Geschosse mit Satteldach

Hintergründe
Die zwei Gebäude An der Lohbek 2 und 4 stehen seit vielen Jahren leer und sind über die Jahre unbewohnbar geworden. Vor einigen Jahren wurde die Genehmigung für Abbruch und Neubau erteilt, die mittlerweile wieder erloschen ist. Denkbar ist, dass der Investor nicht zufrieden war mit der Baugenehmigung – im Fall des bereits abgerissenen Blocks Nr. 6 wurde ein neuer Bauantrag mit fünf, anstatt der ursrünglich genehmigten vier Geschosse nach Angaben des Abendblatts abgelehnt. So steht weiterhin dringend benötigter Wohnraum leer und die Gebäude verfallen.

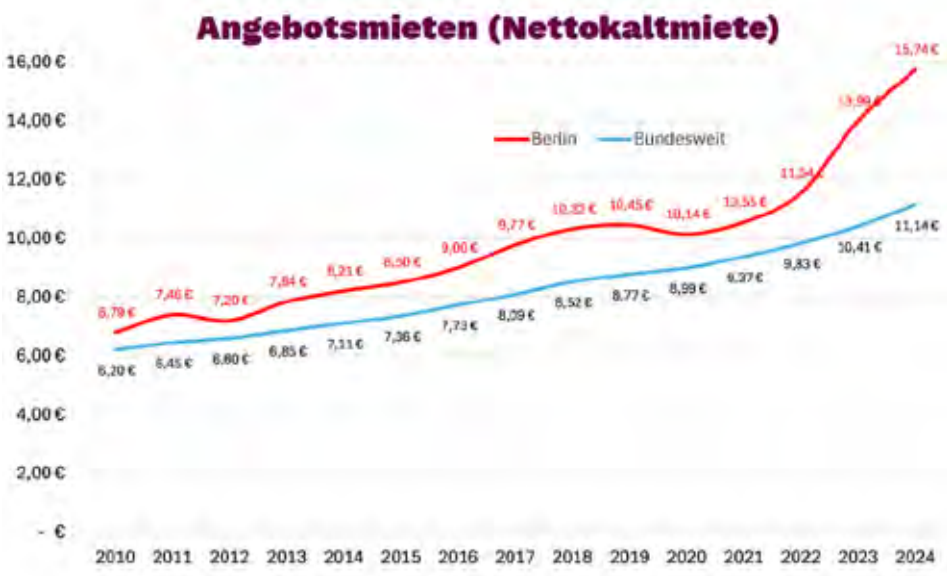
Und so sieht es beispielhaft beim Abriss-Atlas für Hamburg aus ...

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

55 % der Abfälle in Deutschland aus der Baubranche, meist verbunden mit einer Vergeudung von Ressourcen und einem erheblichen Anteil an freigesetztem Kohlendioxid – 40 %der klimaschädlichen Treibhausgase gehen auf den Gebäudesektor zurück! Und um den nach wie vor dominierenden **Abrisswahn in Stadt und Land zu veranschaulichen und zu attackieren,** haben die Architects for Future, der Bund Deutscher Architektinnen und Architekten (BDA), die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und weitere Institutionen einen sogenannten Abriss-Atlas auf den Weg gebracht. Ein **interaktives Projekt, das noch in den Anfängen steckt** und auf die Mithilfe und immer neue Eintragungen engagierter Mitbürger*innen angewiesen ist, ganz so wie der Leerstandsmelder. Aber schaut selbst das Beispiel auf S. 14).

Die Berliner Bürger*innen machen uns vor, wie die Kampagne gegen die großen, profitgierigen Wohnungskonzerne – trotz einiger Rückschläge – immer wieder neu angefacht werden kann. Wir erinnern uns, beim **Volksentscheid Deutsche Wohnen & Co enteignen** (nämlich alle Immobilienunternehmen mit mehr als 3.000 Wohneinheiten) am 26. September 2021 stimmte eine klare Mehrheit mit über einer Million dem Anliegen zu, und das bei einer Spitzenbeteiligung von 73,5 % der stimmberechtigten Bevölkerung. Doch der neue Senat unter der Enteignungsgegnerin Franziska Giffey (SPD) wollte das Problem aussitzen, berief aber immerhin eine Expert*innenkommission unter Leitung von Herta Däubler-Gmelin (SPD), die die Verfassungskonformität zu prüfen hatte. Die wurde zwar eindeutig festgestellt, doch Giffey blieb auf Verzögerungskurs. Und nutzte die Neuwahl des Berliner Senats im Februar 2023, statt die Koalition mit den GRÜNEN und der LINKEN fortzusetzen, den Bürgermeisterposten Kai Wegner von der CDU zu überlassen. Und der hatte schon gar nichts für die Vergesellschaftung übrig. So zog sich das Trauerspiel weitere zweieinhalb Jahre hin, Zeit aber für die zunehmend genervte Berliner Mieter*innenbewegung, selbst ein **Vergesellschaftungsgesetz** auszuarbeiten – wir berichteten im »Bürger*innenbrief« vom 15. Oktober darüber. Und nun geht es in die nächste, vielleicht nächste Runde, in der ein **weiterer Volksentscheid** angegangen wird, in dem es dann nicht mehr »nur« um ein brennendes Anliegen, sondern um einen konkreten Gesetzentwurf geht. Und der wäre dann bei einer erneuten Abstimmungsmehrheit für den Senat bindend. Wen's interessiert, liest das »junge welt«-Interview von Kristian Stemmler mit Thorben Hauser, dem Sprecher der Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen. Und wer sich das Vergesellschaftungsgesetz und den Stand einmal richtig zu Gemüte führen möchte, hört am besten in diese 80-minütige Sendung vom 12. Oktober rein.

Zudem sei angemerkt, dass die Berliner LINKE eine weitere Mietenstudie bei Andrey Holm in Auftrag gegeben hat, die dieser am 3. Dezember vorstellte. Dessen Kernaussage: Die Wohnungsmarktsituation ist **nicht mehr angemessen mit den Begriffen »angespannte Wohnungsmarktlage« zu erfassen, es müsse vielmehr von einer »allgemeinen Wohnungsnotlage« gesprochen werden**. Und die, so Holm auf der Pressekonferenz der LINKEN am 3. Dezember, erfordert »weitergehende Eingriffe des Senats (...), wenn eine soziale Wohnversorgung für alle gewährleistet werden soll«. Das 27-seitige Gutachten – zugleich die Begründung für ein von der LINKEN gefordertes **Sicher-Wohnen-Gesetz** – findet sich hier im Netz.



Entwicklung der Angebotsmieten in Berlin 2010 bis 2024 in der o. a. Studie, S. 5

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Clara-Zetkin-Preis 2026 – Jetzt bewerben!

DIE LINKE würdigt mit dem Clara-Zetkin-Preis jährlich ein feministisches Projekt oder eine Einzelperson, das oder die die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern in der Gesellschaft befördert, sich für Frauenrechte einsetzt oder für ein schönes Leben für alle ohne Patriarchat kämpft. Wir holen mit dem Clara-Zetkin-Preis der LINKEN feministische Arbeit dahin, wo sie hingehört: Ins Rampenlicht!
Die Verleihung des Clara-Zetkin-Preises findet voraussichtlich am 28. Februar 2026 in Hamburg statt.
Die Einreichung von feministischen Projekten und Einzelpersonen ist aktuell bis zum 11. Januar 2026 möglich. Wir freuen uns auf eure Nominierungen!
Weitere Infos auf der Homepage der Bundes-LINKEN.

Neu in der BV, wie ist das eigentlich?

Von Christin Feiler-Siegert*

Mit gemischten Gefühlen zog ich im Juni 2024 als Abgeordnete in die Bezirksversammlung Bergedorf ein. Auf der einen Seite war ich froh, dass wir trotz herber Verluste im Vergleich zur letzten Wahl mit vier Personen eingezogen sind. Auf der anderen Seite war ich resigniert, denn meine parlamentarische Tätigkeit begann gerade erst und würde aus meiner Sicht in fünf Jahren wieder enden.

Wir hatten bei der gleichzeitig stattfindenden Europawahl katastrophale 2,7 Prozent eingefahren, die Prognosen für die kommende Bundestagswahl sahen damals nicht viel besser aus. Die einzige Hoffnung, die ich sah, war gute Arbeit vor Ort zu leisten, um zumindest den Bergedorfer*innen zu zeigen, warum sie auch weiterhin eine starke LINKE in allen Parlamenten brauchen.

So machten wir uns mit vier Abgeordneten ans Werk, einer ziemlich bunten Truppe. Ich war die jüngste mit damals 27 Jahren, die anderen zwischen Mitte dreißig und Anfang sechzig. Ein Abgeordneter mit jahrzehntelanger Erfahrung war dabei und dann drei komplette Neulinge, zwar nicht, was politisches Engagement angeht, aber ohne jemals ein Mandat

Christin Feiler-Siegert (Foto: DIE LINKE Bergedorf)

innegehabt zu haben. Drei von uns kommen aus sozialen Berufen, einer ist Arbeiter in der Industrie.

Relativ schnell machten die anderen Abgeordneten deutlich, dass sie von mir als Spitzenkandidatin erwarteten und auch zutrauten, den Fraktionsvorsitz zu übernehmen. Rückblickend bin ich immer noch ein wenig erstaunt darüber. Ich trat erst wenige Jahre vorher der Partei bei, stellte zunächst Plakate im Bundestagswahlkampf auf und rückte etwa ein Jahr später in den Bezirksvorstand nach. Auch wenn sicherlich das Engagement und auch meine Fähigkeiten – so hat mir viel Reden schon immer gelegen, als Politikerin doch sehr hilfreich – ausschlaggebend waren, meine Genoss*innen hatten auch einen weiteren Grund, mich so stark zu unterstützen: Unsere Partei, und vor allem unsere Bergedorfer Fraktion, war sehr männlich und nicht gerade jung. Davon, nun mit einer Frau in den Zwanzigern in den Wahlkampf zu starten, erhofften wir uns nicht nur bessere Chancen für die Bezirkswahl, wir wollten uns auch langfristig als eine attraktive Partei für alle etablieren.

Von meinen Genoss*innen erfuhr ich Unterstützung. Sie teilten Erfahrungen mit mir, bereiteten mich auf Auftritte vor und machten vor allem aktiv Wahlkampf. Genauso unterstützte mich mein Ehemann, der mir immer den Rücken freigehalten hat. Das auch in finanzieller Hinsicht, denn meinen Vollzeitjob hatte ich auf eine 20-Stunden-Stelle reduziert, anders wären der Wahlkampf und meine jetzige Tätigkeit für mich nicht machbar gewesen.

Die größte Herausforderung während dieser Zeit und während des ersten Jahres im Bezirksparlament war der Wissensvorsprung der anderen Abgeordneten. Die Spitzenkandidierenden und späteren Fraktionsvorsitzenden der anderen Parteien waren alle bereits seit Jahren Mitglieder der Bezirksversammlung. Mein erster Auftritt gestaltete sich als über eine Podiumsdiskussion mit eben jenen Leuten bei der Handwerkskammer. Das letzte Mal war ich wohl vor meinen Abschlussprüfungen so aufgeregt. Rückblickend habe ich mich ganz gut geschlagen, heute würde ich es besser machen, aber das ist auch gut so.

Die ersten Verhandlungsgespräche nach den Wahlen waren ebenfalls eine Herausforderung. Mir wurde bewusst, wie viel ich noch zu lernen hatte. Das fing mit reinen Sachfragen an, z.B., wie über die Größe und Zusammensetzung von Ausschüssen entschieden wird. Vor allem musste ich aber einen Weg finden, als Vertreterin der leider kleinsten Fraktion das Beste für uns herauszuholen. Das konnte mir niemand wirklich beibringen, ich musste meine eigenen Erfahrungen sammeln. Der beste Weg für mich war, einen guten Kontakt zu den demokratischen Fraktionen aufzubauen. Erleichtert wurde es mir dadurch, dass es in Bergedorf wie so oft ein wenig anders als im Rest von Hamburg läuft: Statt einer Koalition arbeiten wir mit wechselnden Mehrheiten. Auch wenn die beiden großen Fraktionen CDU und SPD manchmal eine inoffizielle Gemeinschaft gegründet zu haben scheinen, so werden unsere Anträge regelmäßig angenommen.

Aktivitäten der Bergedorfer Linksfraktion in den letzten Wochen (https://www.dielinke-bergedorf.de/aktuelles/)

Die Monate verstrichen und was ich nicht für möglich hielt, wurde Anfang 2025 plötzlich Realität: Menschen strömten in unsere Partei, wir zogen mit großartigen Ergebnissen in den Bundestag und die Bürgerschaft ein.

Ich fühlte mich immer wohler in meiner neuen Rolle. Ziemlich genau ein Jahr nach meinem Einzug ins Parlament hatte ich das Gefühl, endlich angekommen zu sein. Es war während einer Ausschusssitzung, ich redete spontan zur Elbvertiefung und darüber, welche negativen Folgen diese auch für Bergedorf habe. Die Unsicherheit, die mich während der vorherigen Sitzungen begleitet hatte, war verschwunden. Auch wenn es ein Prozess war, wurde mir in diesem Moment bewusst, dass ich mir das grundlegende parlamentarische Wissen zwischenzeitig aneignen konnte.

Mittlerweile schaue ich positiv in die Zukunft. Ich freue mich auf die restlichen dreieinhalb Jahre der Legislatur und bin mir sicher, dass wir auch danach mit einer starken LINKEN in den Parlamenten vertreten sein werden. Ich habe auf jeden Fall Lust, weiter dabei zu sein.

*Fraktionsvorsitzende für DIE LINKE
in der Bezirksversammlung (BV) Bergedorf

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Die Zivilgesellschaft lebt oder: Zwei Reden, in denen Flagge gezeigt wird

Von Heike Sudmann

Bei Veranstaltungen, in Debatten und auf Demonstrationen werden oftmals interessante Beiträge gehalten, die leider nur von einer mehr oder weniger großen Teilnehmer*innenschaft goutiert werden kann. Da selbst bei vielerlei Aktivitäten zugegen, merken wir immer mal wieder bei einer Rede auf, fühlen uns besonders angesprochen oder hören ein Problem bestens auf den Punkt gebracht. Wir haben dieses Mal zwei Redner*innen gebeten, ihre Ansprachentexte zur Verfügung zu stellen, um sie als Beispiele einer aktiven, auf Demokratie abzielenden Zivilgesellschaft im »Bürger*innenbrief« abdrucken zu können. Die eine Rede hat die Sinteza **Shlica Weiß** am 9. November anlässlich der Mahnwache zur Erinnerung an die Pogromnacht vor 87 Jahren auf dem Joseph-Carlebach-Platz gehalten, die andere der GEW-Vorsitzende **Sven Quiring** am 24. November bei einer Kundgebung vor dem Sitz des Verfassungsschutzes im Johanniswall.

Zunächst dokumentieren wir hier die Rede von **Shlica Weiß** am 9. November auf dem Joseph-Carlebach-Platz. Eingeladen hatten dazu die VVN Hamburg und die Universität, unterstützt u.a. vom Auschwitz-Komitee, der Vereinigung der Kinder vom Bullenhuser Damm, der Bürgerinitiative Grindelhof, der Aktion Grindel leuchtet, des Arbeitskreises Rechtsextremismus der Jusos und der SPD Hamburg, der GEW und ver.di. Wie jedes Jahr an diesem 9. November wurde an die Gräueltaten der Reichspogromnacht 1938 erinnert, in deren Verlauf auch die Bornplatz-Synagoge von den Nazis angezündet worden war. Die Kundgebung fand ausdrücklich in memoriam der bekannten Hamburger Antifaschistinnen Steffi Wittenberg und Esther Bejarano statt.

Im Anschluss bringen wir die Rede von **Sven Quiring**, die er am 24. November gehalten hat. Die Wiedereinführung der Regelanfrage im Öffentlichen Dienst schlägt derzeit hohe Wellen, wie verschiedene kritische Veranstaltungen und Veröffentlichungen zeigen. Unser Abgeordneter Deniz Celik meinte in einer Pressemitteilung der Fraktion: »Wer künftig im Öffentlichen Dienst arbeiten will, soll erst durch das Nadelöhr des Verfassungsschutzes – eines Inlandsgeheimdienstes, der sich demokratischer Kontrolle weitgehend entzieht und durch Vertuschung, V-Leute-Skandale und immer wieder auch durch den Schutz rechter Netzwerke aufgefallen ist". Das nahm der Hamburger Verfassungsschutz zum Anlass, von Deniz eine Unterlassungserklärung zu fordern. Gegen diesen Versuch der Einschüchterung und der Beschneidung parlamentarischer Rechte gab es am 24. November vor den Türen des Verfassungsschutzes am Johanniswall eine Solidaritätskundgebung. Die dort vom GEW-Vorsitzenden Sven Quiring. Seine Rede zu der geplanten Wiedereinführung der Regelanfrage Rede mit dem Titel *»Demokratie verteidigt man mit Rechtsstaatlichkeit und Vertrauen, nicht mit Generalverdacht und Einschüchterung!«* findet sich weiter unten und auch auf der Homepage der GEW. Wir danken ihm und der GEW für die Möglichkeit, den Text hier aufzunehmen.

»Ich stehe hier, als Nachfahrin von Überlebenden und Ermordeten«

Von Shlica Weiß

Vielen Dank für die Einladung, und dass ich heute hier vor Ihnen sprechen kann.

Für mich ist das eine neue Erfahrung – und eine, die mich tief bewegt.

Mein Name ist Shlica Weiß, ich bin eine Sinteza und Nachfahrin von Holocaustüberlebenden und Holocaustermordeten, von Menschen, deren Leben durch den Nationalsozialismus zerstört wurde, deren Stimmen in den Lagern, in den Wäldern, in den Flammen verklungen sind.

Mein Opa wurde als kleiner Junge im Alter von viereinhalb Jahren im Mai 1940 mit seiner Familie und anderen Hamburger Sinti vom Hannoverschen Bahnhof aus ins deutsch besetzte östliche Europa deportiert. Er, seine Familie und die anderen norddeutschen Sinti, wurden nach Bełżec verschleppt. In Bełżec mussten sie ein Lager errichten. Sie mussten Hunger, Durst und Kälte erleiden, und dass in ständiger Angst vor den SS-Männern, von denen sie misshandelt, geschlagen und gefoltert und ermordet wurden.

Im Oktober 1940 wurde der aus mehreren Arbeitslagern bestehende Komplex aufgelöst. Mein Großvater und andere Verwandte wurden noch in weitere Lager deportiert, ins Warschauer Ghetto, ins Konzentrations- und Vernichtungslager Lublin-Majdanek, Auschwitz. Nur wenige Verwandte haben dieses Martyrium überlebt. Mein Großvater spricht nicht gerne über die Zeit in den Lagern, aber im Ohr habe ich immer folgenden Satz: Es gibt kein Wort für das, was man uns angetan hat, es gibt kein Wort dafür ...

Er hat die schreckliche NS-Zeit überlebt. Er hat die Unmenschlichkeit, den Schmerz und die Angst dieser Jahre erfahren – und doch hat er nicht aufgegeben. Er hat überlebt – mit Gott, mit Mut, mit der Kraft des Lebens selbst. Sein Überleben ist ein Wunder, genau wie das Leben eines jeden

Einzelnen und jeder Einzelnen, der oder die diese grausame Zeit überlebt hat. Sie sind geblieben. Sie alle sind eine lebendige Erinnerung daran, dass das Licht selbst in der dunkelsten Zeit nicht erlischt.

Heute stehen wir hier – an diesem Ort, an dem die Bornplatz-Synagoge angezündet wurde, vor einem Ort, der Symbol und Zeugnis zugleich ist. Heute ist ein Tag der Erinnerung, der Erinnerung der Opfer der Reichspogromnacht. Ein Tag, an dem das Schweigen schwer wird, weil die Geschichte laut wird. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 brannten in Deutschland über 1.400 Synagogen. Fenster wurden eingeschlagen, Thora-Rollen geschändet, Juden und Jüdinnen misshandelt, verschleppt, ermordet. Die Straßen glitzerten vom zerbrochenen Glas – doch das war kein Glanz, es war das Leuchten der Zerstörung. Es war die Nacht, in der Nachbarn zu Tätern und Täterinnen wurden und viele, viel zu viele, schwiegen. Auch hier, an diesem Ort, an dem wir heute stehen, lagen damals Trümmer. Trümmer aus Glas, Holz, Papier – und Trümmer aus Vertrauen.

Erinnerung an die alte Bornplatz-Synagoge (Quelle)

Ich habe die Zeit des Nationalsozialismus nicht erlebt. Ich kenne sie aus Erzählungen, aus Fotos, aus Namen auf Grabsteinen, und aus dem Schweigen zwischen den Sätzen meiner Familie. Ich bin geboren in einem Land, in dem meine Familie, meine Menschen, einst ausgelöscht werden sollten. Ich lebe hier, weil einige von ihnen überlebt haben – trotzallem.

Sie haben nie vergessen. Aber sie haben auch nie wirklich erzählen können. In unserer Familie gibt es Pausen, die oft lauter sind als Worte. Und doch höre ich sie. Ihre Stimmen, ihre Klagen, ihr Flüstern.

Heute, 87 Jahre später, brennen wieder Häuser. Heute, im Jahr 2025, werden wieder Listen geführt, wieder Grenzen gezogen, wieder Feindbilder gemalt, antisemitische und rassistische Vorfälle nehmen zu. Und wieder sagen manche: »Das wird schon nicht so schlimm.« Aber wir – die Nachkommen, die Erinnernden, die Mitmenschen – wir wissen, dass es nie harmlos beginnt. Es beginnt mit Worten. Mit Gerüchten. Mit Witzen. Mit einem »Man wird ja wohl noch sagen dürfen«. Und es endet mit geborstenen Fenstern. Mit Angst. Mit Gewalt.

Deshalb dürfen wir nicht still sein, wenn Menschen wegen ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens diskriminiert, ausgegrenzt und beleidigt werden. Nicht still sein, wenn Erinnerung relativiert, wenn Täter und Täterinnen entschuldigt, wenn Geschichten verzerrt werden. Erinnerung ist nicht nur ein Rückblick. Erinnerung ist Widerstand. Erinnerung ist Gegenwart. Denn Erinnern und Gedenken ist nichts Starres. Es lebt. Es verändert sich. Es verbindet Menschen.

Die Shoah, der Holocaust, u baro merepen ist kein fernes Kapitel. Es ist ein Teil unserer Gegenwart. Und jeder Ton, den wir für Toleranz, Menschlichkeit und Frieden anschlagen, kann ein Gegenklang sein gegen den Hass, gegen das Vergessen.

Ich stehe hier, als Nachfahrin von Überlebenden und Ermordeten, und sage: Das Erbe, das ich trage, ist nicht nur Trauer. Es ist auch Mut. Mut, zu erinnern. Mut, zu sprechen. Mut, zu leben – frei, sichtbar. Wir dürfen die Erinnerung nicht nur hüten, wir müssen sie teilen. Denn wer erinnert, baut Brücken. Und wer vergisst, baut Mauern. Lasst uns also Brücken bauen – zwischen Vergangenheit und Zukunft, zwischen Schmerz und Hoffnung, zwischen Klang und Stille. Denn »Nie wieder« ist kein stiller Schwur. Es ist ein lebendiger Klang. Ein Ton, den wir immer wieder neu anschlagen müssen – laut, klar und gemeinsam.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

»Hamburg braucht ein Gesamtkonzept für einen resilienten Öffentlichen Dienst«

Rede von Sven Quiring

Liebe Kolleginnen, liebe Mitstreiterinnen,
liebe Hamburgerinnen und Hamburger,
wir sind heute hier, weil es um eine sehr konkrete Frage geht: Wie stärken wir unseren Öffentlichen Dienst und wie schützen wir dabei unsere Demokratie, ohne Grundrechte zu beschädigen?

Für uns als Gewerkschafter*innen ist klar: Demokratiefeindliche, rassistische, antisemitische und menschenverachtende Positionen haben im Öffentlichen Dienst keinen Platz. Wer Menschen abwertet oder Grundrechte angreift, kann nicht Teil eines Dienstes sein, der für alle da sein soll.

Aber ebenso klar ist: Das neue Gesetz des Hamburger Senats ist nicht die richtige Antwort. Es stärkt die Demokratie nicht, sondern birgt Risiken, die wir offen benennen müssen.

Am 1. Oktober haben sich deshalb die GEW Hamburg, ver.di Hamburg und zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen zum Hamburger Bündnis gegen Berufsverbote zusammengeschlossen. Wir tun das, weil wir eine gemeinsame Verantwortung sehen, die geplante Wiedereinführung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz im öffentlichen Dienst zu verhindern.

Anlass ist der Gesetzentwurf des Senats vom 21. Oktober 2025, das »Gesetz zum Schutz des Öffentlichen Dienstes vor verfassungsfeindlichen Einflüssen«. Der Kern darin ist die sogenannte Regelanfrage: Künftig sollen Bewerber*innen bei nahezu allen Einstellungen routinemäßig vom Verfassungsschutz überprüft werden. Beamt*innen, Tarifbeschäftigte und sogar studentische Hilfskräfte, in Schulen, Hochschulen, Verwaltung, Polizei und vielen weiteren Bereichen. Begründet wird das mit der angeblichen Stärkung der »Resilienz des Staates« gegen Extremismus.

Auf den ersten Blick wirkt das konsequent. Aber wenn wir genauer hinschauen, sehen wir: Dieses Instrument ist ein Rückgriff auf eine Praxis, die Hamburg aus guten Gründen schon einmal beendet hat. Es erinnert stark an den »Radikalenerlass« der 1970er-Jahre. Damals hat man nicht konkrete Gefahren verfolgt, sondern in vielen Fällen politische Nähe oder Engagement verdächtigt. Das hat Existenzen beschädigt und Vertrauen zerstört. Hamburg hat diese Praxis 1979 beendet, weil sie nicht mit Grund- und Freiheitsrechten vereinbar war. Und Carola Veit hat 2022 zu Recht gesagt: »Die Regelanfrage war ein schwerer Schlag gegen den Geist unseres Grundgesetzes.«

Auf der Kundgebung vor der Innenbehörde am 26. November (Foto: https://gegen-berufsverbote.hamburg/)

Sven Quiring bei der Kundgebung des Bündnisses gegen Berufsverbote gegen die geplante Einführung der Regelanfrage (Foto: GEW Hamburg)

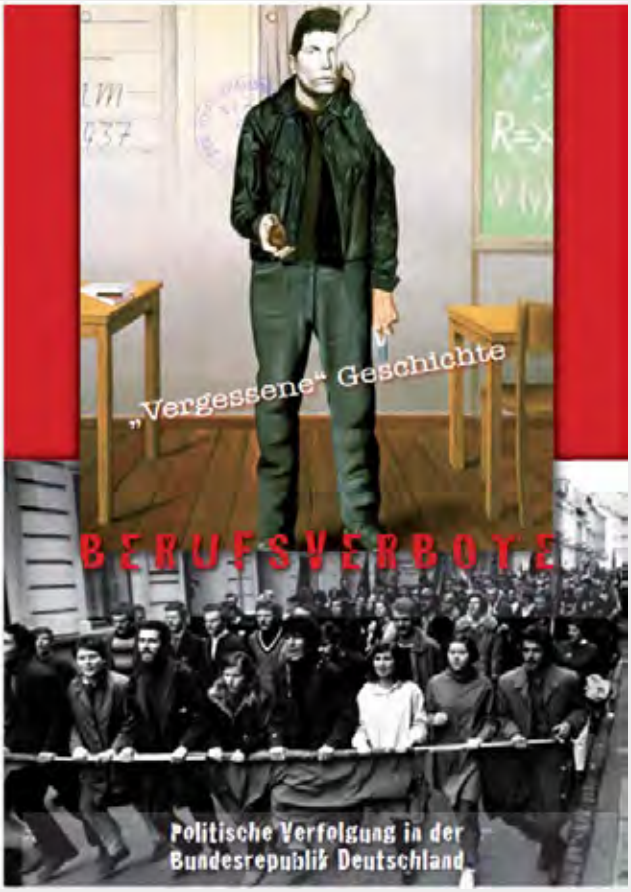
Was sind die Probleme heute?

Erstens: Die Regelanfrage stellt alle unter Generalverdacht. Wer sich für den Öffentlichen Dienst bewirbt, wird nicht als potenzielle Demokrat*in begrüßt, sondern als potenzieller Verdachtsfall behandelt. Das schafft Misstrauen und Misstrauen ist kein Fundament für einen starken öffentlichen Dienst.

Zweitens: Sie setzt auf Kontrolle statt Demokratieförderung. Wir brauchen politische Bildung, Aus- und Fortbildung, gute Begleitung in der Praxis und vor allem echte Mitbestimmung, gerade für junge Beschäftigte. Stattdessen setzt der Senat auf ein Verfahren, das abschreckt und verunsichert.

Drittens: Besonders betroffen sein könnten genau die, die wir dringend brauchen: engagierte Menschen. Junge Kolleg*innen, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen, für Klimagerechtigkeit, für Antirassismus oder in Gewerkschaften aktiv sind. Wenn solche Aktivitäten im Bewerbungsverfahren plötzlich als Risiko gelten, sendet die Stadt ein fatales Signal: Engagement wird zur Gefahr. Das dürfen wir nicht zulassen.

Viertens: Viertens, weil diese Regelanfrage historisch belastet ist. Sie knüpft an die Erfahrungen mit dem Radikalenerlass und den Berufsverboten der 1970er-Jahre an. Damals



19 Seiten der Niedersächsischen Initiative gegen Berufsverbote zu deren Geschichte (Quelle)

Die neueste Ausgabe der »Hamburger Lehrer-Zeitung« mit 40 Seiten zum Thema

wurde nicht nach konkreten Straftaten geschaut, sondern nach tatsächlichen oder unterstellten Gesinnungen. Betroffen waren vor allem politisch und gewerkschaftlich Aktive. Hamburg hat diese Praxis 1979 beendet, weil sie den Grund- und Freiheitsrechten widersprach. Dass sie nun in neuer Form zurückkommen soll, ist ein deutlicher Rückschritt.

Das Gesetz bleibt auch praktisch widersprüchlich

Im Bildungsbereich sollen Lehrkräfte überprüft werden, Beschäftigte in Ganztag oder Schulbegleitung bei freien Trägern aber nicht, obwohl sie genauso nah an Kindern arbeiten. An den Hochschulen trifft es Tutor*innen und studentische Hilfskräfte, die oft nicht einmal als Angehörige des Öffentlichen Dienstes gelten und keine Personalvertretung haben. Kontrolle ja, Mitbestimmung nein, das ist weder fair noch hilfreich.

Liebe Kolleg*innen,

wir haben reale Herausforderungen. Ja, wir müssen Extremismus ernst nehmen. Aber Demokratie verteidigt man nicht mit pauschaler Überwachung. Wenn es Verfassungsfeinde im Öffentlichen Dienst gibt, dann gibt es bereits Instrumente, um dagegen vorzugehen: arbeitsrechtlich, disziplinarrechtlich und strafrechtlich. Diese Mittel sind da. Sie müssen konsequent genutzt werden, gezielt und rechtsstaatlich, nicht per Generalverdacht gegen alle.

Und wir sagen auch: Was Hamburg wirklich braucht, ist ein Gesamtkonzept für einen resilienten Öffentlichen Dienst. Ein Konzept, das stärkt statt zu verdächtigen. Dazu gehört:

- Transparente Einstellungsverfahren mit klaren, überprüfbaren Kriterien – nicht geheimdienstliche Vorabchecks.
- Mitbestimmung durch Personalräte und Interessenvertretungen, gerade auch für junge Beschäftigte.
- Politische Bildung in Ausbildung und Fortbildung, die Menschen befähigt, Demokratie zu leben und Extremismus zu erkennen.
- Förderung von Jugendverbänden und Beratungsstellen, die helfen, wenn demokratische Kultur unter Druck gerät.
- Ein gemeinsamer Prozess in den Dienststellen, der deutlich macht: Wir sind nicht nur Verwaltung, wir sind demokratische Orte.

Denn der Öffentliche Dienst ist mehr als ein Arbeitgeber. Er ist Garant dafür, dass Grundrechte in dieser Stadt für alle gelten, unabhängig von Herkunft, Namen, Lebensweise oder Weltanschauung.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Der Gesetzentwurf liegt jetzt bei der Hamburgischen Bürgerschaft. Die nächsten Termine sind:

- Sachverständigenanhörung am 8. Januar 2026,
- Senatsanhörung am 5. Februar 2026,
- geplantes Inkrafttreten am 1. April 2026.

Bis dahin werden wir deutlich bleiben. Unser Bündnis will mindestens 10.000 Unterschriften gegen »Berufsverbote 2.0« sammeln, möglichst bevor die Bürgerschaft endgültig entscheidet. Das ist ein klares demokratisches Signal aus der Stadtgesellschaft.

Ein schon recht altes Logo, leider wieder aktuell
(https://www.berufsverbote.de/)

Unsere Botschaft ist einfach und eindeutig:
Kein Platz für Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst, aber auch kein Platz für pauschale Geheimdienstprüfungen, Generalverdacht und Einschüchterung.

Demokratie verteidigt man mit Rechtsstaatlichkeit, Bildung, Beteiligung und Vertrauen.

Wir laden alle ein, sich zu beteiligen: in Versammlungen, in Bildungseinrichtungen, in der Petition – und auf der Straße. Denn es geht um mehr als ein Gesetz. Es geht darum, welche Art öffentlicher Dienst und welche Art Demokratie wir in Hamburg wollen.

Protest gegen die drohende Wiederauflage der Berufsverbote-Politik
(Foto-Quelle)

VSA: Das neue Jahr mit aktuellen Büchern begrüßen

Gine Elsner
Was wir von Corona lernen könnten
Über die Entstehung, Eindämmung und den politischen Umgang mit einer Pandemie
176 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-96488-256-1

Rolf Rosenbrock
Selbstgestaltung und Soziale Arbeit
Erkenntnisse und Positionen zur Wohlfahrtspflege: gegen Armut und Opferschelte
144 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-96488-260-8

Garnet Alps/Carsten Maaß/Uwe Stoffregen
Gewerkschaft, ja bitte!
Ein Handbuch für Betriebsräte, Vertrauensleute und Aktive | 5. aktualisierte Ausgabe 2026
488 Seiten | Hardcover
viele Abbildungen | € 24.80
ISBN 978-3-96488-250-9

Ulrike Eifler (Hrsg.)
Gewerkschaften in der Zeitenwende
Was tun gegen Umverteilung nach oben, massive Angriffe auf den Sozialstaat, die Militarisierung des Alltags und den Rüstungswahnsinn?
144 Seiten | €12.80
ISBN 978-3-96488-251-6

Alexander Rahr/Antje Vollmer/Daniela Dahn/Dieter Klein/Hans-Eckardt Wenzel/Ingo Schulze/Marco Bülow/Michael Brie/Peter Brandt/Petra Erler
Lasst alle Hoffnung fahren
Zornige Blicke | Flugschrift
120 Seiten | € 12.00
ISBN 978-3-96488-254-7

Mehr Informationen zu diesen Titeln und zu zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter **www.vsa-verlag.de**

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Letzter Stand, Pressemitteilung der Linksfraktion vom 10. Dezember:

Klage zurückgezogen: Verfassungsschutz blamiert sich

Hamburgs Landesamt für den Verfassungsschutz hat nach einem Medienbericht seine Klage gegen den Bürgerschaftsabgeordneten der LINKEN, Deniz Celik, zurückgezogen. Das Landgericht Hamburg hatte dem Verfassungsschutz zuvor in einem Hinweis mitgeteilt, dass es sich um eine zulässige Meinungsäußerung handeln dürfte. Die Behörde hatte geklagt, weil Deniz Celik in einer Pressemitteilung feststellte, dass der Verfassungsschutz »immer wieder auch durch den Schutz rechter Netzwerke aufgefallen« sei.

Dazu **Deniz Celik**, innenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft: »Seit Jahren begleiten wir die Arbeit des Verfassungsschutzes kritisch. Und deshalb wissen wir sehr genau, wie eng dort politisches Versagen, falsche Prioritäten und das Wegsehen bei rechten Netzwerken miteinander verwoben sind. Ob NPD-Verfahren, NSU-Komplex, verschwundene Akten oder aber V-Leute, die rechte Netzwerke stabilisiert haben – all das sind keine Einzelfälle. Deshalb ist es ein unfassbarer Vorgang, dass der Verfassungsschutz uns einen Maulkorb verpassen wollte. Eine Behörde, die Kritik an ihrem Umgang mit rechten Strukturen juristisch verbieten will, macht deutlich: Nicht die Kritiker*innen sind das Problem, sondern der Verfassungsschutz selbst.«

Dazu **David Stoop**, Co-Fraktionsvorsitzender der LINKEN: »Das ist nicht nur ein Erfolg für Deniz Celik, sondern auch ein guter Tag für Hamburgs Antifaschist*innen. Der Versuch, unseren Abgeordneten wegen einer politischen Kritik mundtot zu machen, war ein Frontalangriff auf die demokratische Debattenkultur. Demokratie lebt davon, dass Macht kontrolliert und Fehlentwicklungen klar benannt werden – und zwar ohne die Furcht vor staatlicher Repression und autoritären Reflexen. Nach dieser Blamage für seine Behörde steht für uns fest: Der Leiter des Landesamts für Verfassungsschutz, Torsten Voß, ist nicht länger in dieser Position zu halten. Er hat offensichtlich ein gestörtes Verhältnis zur demokratischen Meinungsäußerung und der parlamentarischen Kontrolle seines Amtes. Wir beantragen darüber hinaus eine Sondersitzung des Innenausschusses, um aufzuklären, wie die Entscheidung zur Klageführung durch das Landesamt für Verfassungsschutz gegen einen gewählten Abgeordneten überhaupt zustande kam und welche Rolle dabei Innensenator Andy Grote spielte.«

Und immer wieder das Holstenareal Stadt verzichtet erneut aufs Vorkaufsrecht

Immer wieder haben wir uns seitens der Linksfraktion dafür eingesetzt, dass die Stadt sich endlich zur Gestaltung des seit Jahren brachliegenden Holstenareals bereit erklärt und dafür ihr Vorkaufsrecht in Anspruch nimmt. Schon einmal – vor knapp einem Jahrzehnt – hatte sie darauf verzichtet und damit eine gigantische Spekulationswelle ausgelöst. »Jetzt läuft der Senat Gefahr, den Fehler des damaligen Bürgermeisters Olaf Scholz (SPD) von 2016 zum zweiten Mal zu begehen«, so die »taz« online vom 9. Dezember. Wegen der exemplarischen Bedeutung dieser vermurksten Stadtentwicklungspolitik nehmen wir nachfolgend die am 7. Dezember verbreitete Erklärung der Initiative »knallt am dollsten« auf.

Shame on you, Senat Hamburg!

Wir haben es befürchtet. Wir haben davor gewarnt. Und können es doch kaum fassen: Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg wiederholt den historischen Fehler von Olaf Scholz, der 2016 auf das Vorkaufsrecht am Holstenareal verzichtet hatte – mit den bekannten desaströsen Folgen. Dies ist aus unserer Sicht wider alle Vernunft und ein schlechtes Omen für die Standfestigkeit der Hamburger Politik, wenn es demnächst um den städtebaulichen Vertrag und den Bebauungsplan für den zukünftigen Stadtteil gehen wird.

Skandalös ist aus unserer Sicht nicht nur die fatale Fehlentscheidung selbst, sondern auch die Art ihres Zustandekommens. Erst auf die Nachfrage einer engagierten MOPO-Journalistin hin räumte die Finanzbehörde ein, bereits eine Entscheidung zuungunsten des Vorkaufsrechts gefällt zu haben. Offensichtlich ohne dass die Bezirkspolitiker*innen darüber informiert gewesen wären, geschweige denn in der Bürgerschaft eine inhaltliche Debatte stattgefunden hätte. Man hat es angesichts der wachsenden Kritik offensichtlich eilig. Das ist vordemokratische Hinterzimmerpolitik.

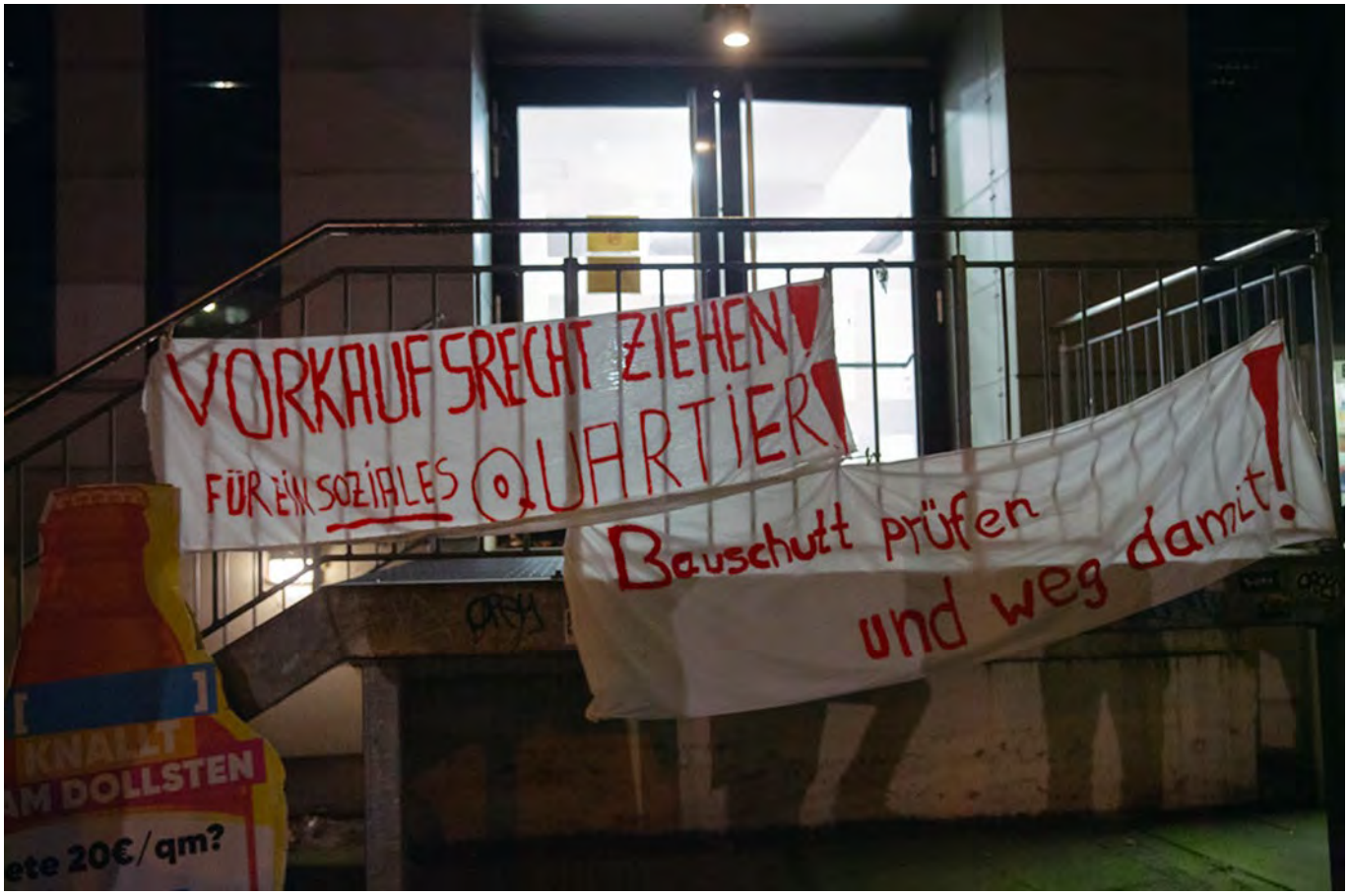
Hinzu kommt, dass die Öffentlichkeit über die wahren Eigentumsverhältnisse weiter getäuscht wird. Auch in der aktuellen Stellungnahme versteckt sich die Finanzbehörde hinter der Generalfloskel des Geschäftsgeheimnisses, um hochrelevante Fakten zu verschleiern, wo maximale Transparenz geboten wäre. Denn während so getan wird, als sei die Stadt Hamburg über die SAGA Miteigentümerin des Grundstücks, verhält es sich in Wahrheit so, dass allein Quantum und HanseMerkur Grundvermögen die neuen Eigentümer des Grundstücks sind und die SAGA erst nachrangig ins Spiel kommt.

Diese Irreführung der Öffentlichkeit ist aus unserer Sicht kein Zufall, sondern – wie bereits beim Esso-Häuser-Areal an der Reeperbahn – bewusstes Kalkül, um die Konsequenzen, die aus dem Verzicht auf das Vorkaufsrecht erwachsen, zu verschleiern. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass dies weitreichende Konsequenzen hat: in Bezug auf die Schaffung von nachhaltig bezahlbarem Wohnraum, wie er mit den Volksinitiativen »Keine Profite mit Boden und Miete« vereinbart wurde, in Bezug auf die Ermöglichung von Baugemeinschaften auf dem Gelände, in Bezug auf die wirksame Unterbindung weiterer Spekulation mit Teilen des Grundstücks, in Bezug auf den Erhalt industriegeschichtlich bedeutender Gebäude.

der Kühne-Oper das Geld mit beiden Händen zum Fenster rausgeschmissen. Und warum wird der hohe Kaufpreis bemüht, wenn man einen Vorwand sucht, um Investorenwünschen in Bezug auf Erhöhung der Bruttogeschossfläche und weitere Verdichtung entgegenzukommen, während die Inanspruchnahme des Vorkaufsrechts doch die Möglichkeit gegeben hätte, den Kaufpreis auf den durch ein unabhängiges Gutachten festzusetzenden Verkehrswert zu begrenzen?

Fragen über Fragen, auf die es keine Antworten gibt.

Denn in Hamburg gilt ein Freifahrtschein für Investoren. Der selbst deklarierte Anspruch der Regierungskoalition auf eine gemeinwohlorientierte Boden- und soziale Stadtentwicklungspolitik ist dabei längst über Bord gegangen. Sobald gro-



Ein Holsten-Quartier für alle – Protestkundgebung am 3. Dezember (Foto Archiv Kollektiv)

Und noch eins: Es wird so getan, als müssten die Stadt und ihr kommunales Wohnungsunternehmen vor einem finanziellen Risiko geschützt werden. So als würde die SAGA das Grundstück oder die fertig gebauten Wohnungen später von Quantum geschenkt bekommen. Und warum wird dieses Argument ausgerechnet dann bemüht, wenn es um die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die Gestaltung eines zukunftsfähigen neuen Quartiers geht? Also genau dort, wo es sich wirklich lohnen würde, im Interesse der Allgemeinheit und der Menschen in dieser Stadt zu investieren! Stattdessen wird bei Pharaonenbauten wie dem Elbtower oder

ßes Kapital ins Spiel kommt, gibt die Politik der Hansestadt den Gestaltungswillen an der Garderobe ab. Davon zeugt die endlose Reihe der Skandale von HSH Nordbank bis Cum-Ex, von den Esso-Häusern bis zur Kühne-Oper, vom Elbtower bis zum Holstenareal.

Wir aber werden nicht aufgeben. Wir werden uns weiter engagieren. Für ein soziales, inklusives, geschichtsbewusstes und klimaverträgliches Holstenquartier. Gegen die Oligarchie der Pfeffersäcke. Für die freie und solidarische Stadt der Zukunft!

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Kulturtipp
»Gereiztheiten«

Von Michael Joho

Ah, die mehr oder weniger freien Tage zwischen den Jahren nahen, Zeit also, auf das Jahr zurückzublicken, liegen gebliebene Dinge abzuarbeiten, einen Spaziergang mehr zu machen und endlich ein paar bereits notierte Ausstellungen zu besuchen. Zumindest zwei habe ich mir fest vorgenommen, zwei, von denen ich mir sehr unterschiedliche Perspektiven und Eindrücke erwarte.

Fange ich mit **Anders Zorn** (1860–1920) an, von dem rund 150 Gemälde noch bis zum 25. Januar 2026 in der Galerie der Gegenwart (Ferdinandstor 1) präsentiert werden. Für mich als Fan der nordischen Malerei (vor allem der dänischen »Maler des Lichts«) ist der Besuch ein absolutes Muss, nicht nur, weil er angeblich »Schwedens Superstar« sei und »um 1900 zu den berühmtesten Künstler*innen weltweit zählte«, sondern weil ich vor allem auch die Motive mag: Menschen im Haus und in der Landschaft, Porträts von Bürgerlichen, aber auch Bilder des kleinen Alltags. Und einen Stein im Brett hat dieser welterfahrene Künstler nicht zuletzt dadurch, dass auch Hamburg im Winter 1891/92 einen Besuch abstattete und mindestens ein Bild vom Hafen hinterließ. Wer sich erst noch überzeugen lassen will, die repräsentative Ausstellung in den verbleibenden wenigen Wochen aufzusuchen, könnte sich vielleicht durch einen knapp sechsminütigen Clip des NDR inspirieren lassen.

Ganz anders geartet, aber offensichtlich nicht weniger beeindruckend, kommt die gerade eröffnete Ausstellung mit

Ausstellung bis zum 25.1.2026, Infos hier

Fotos von **Philip Montgomery** (geb. 1988) im **PHOXXI – Haus der Photographie temporär** (Deichtorstraße 1–2) daher. Der bekannte Fotojournalist porträtiert die heutige US-Gesellschaft »in ikonischen Schwarzweißbildern«, wie die Deichtorhallen versprechen. Deren Homepage zeigt einige der Bilder, die sich oft genug um Ereignisse und Personen, um Konflikte und Fehlentwicklungen drehen, deren Auswirkungen wir auch in Europa zu spüren bekommen. O-Ton Deichtorhallen: »Ob in Minneapolis nach der Ermordung von George Floyd oder in Miami während des Hurrikans Irma – seine Fotografien zeichnen sich durch eine spürbare Spannung zwischen der Zeitlosigkeit seiner dramatischen Bildsprache und der Dringlichkeit des dargestellten Geschehens aus.« Einen knapp einminütigen Trailer zur Ausstellung gibt es hier.

Wenn ich so was lese, also da kommt doch echte Vorfreude auf. Die Feiertage können kommen!

Anders Zorn, Hamburger Hafen 1891 (gute Bildbeschreibung auf wikipedia)

Ausstellung bis zum 10.5.2026, Infos hier

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail (in der Regel) monatlich beziehen oder aber nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Stephan Jersch, Abgeordnetenbüro Weidenbaumsweg 19, 21029 Hamburg

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg